



Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
Maximilianstraße 7, A-6020 Innsbruck
Tel: 0800/22 55 22, Fax: 0512/53 40-1459
wirtschaftspolitik@ak-tirol.com, www.ak-tirol.com

Bundeskammer für
Arbeiter und Angestellte
Prinz-Eugen-Str. 20-22
1040 Wien

G.-Zl.: **WP-2018-2074**
Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

Bei Rückfragen **Florian Salzburger, BA/R** Klappe **1461** Innsbruck, **26.04.2018**

Betrifft: Mission 2030 - Die Klima- und Energiestrategie

Bezug: Ihr Schreiben vom 24.04.2018
zust. Referent: Christoph Streissler

Sehr geehrter Herr Mag. Streissler,

die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol hält zur Klima- und Energiestrategie der Österreichischen Bundesregierung Folgendes fest:

Bei dem vorliegenden Papier handelt es sich in erster Linie um einen Strategieprozess, welcher vorgeschlagene Maßnahmen sowie anstehende Projekte beinhaltet. Jedoch werden im Wesentlichen keine neuen Aspekte aufgezeigt und unterscheidet sich daher im Allgemeinen weder im negativen noch im positiven zu den bisherigen Regierungspapieren aus den vergangenen Legislaturperioden.

Zu 5. „Österreichs Weg zum Ziel: Was wir tun wollen“:

Eingangs muss bei den Zielen Österreichs angemerkt werden, dass zwar die wichtigsten Handlungsfelder der Klima- und Energiepolitik aufgezeigt werden, doch leider keine verbindlichen Ziele festgehalten wurden. Vielmehr handelt es sich bei diesem Punkt um Absichtserklärungen.

Aufgabe 1: „Infrastruktur für ein nachhaltiges Österreich ausbauen“

Wie schon im Regierungsprogramm der aktuellen Bundesregierung erkennbar, wird auch beim Punkt Infrastruktur gefordert, bestehende Barrieren abzubauen und die Prozesse zu beschleunigen. Es sollen vermehrt „Investitionen in Infrastrukturvorhaben, die der Ener-

giewende dienen“ getätigt werden. Selbstverständlich ist ein Ausbau der bestehenden Infrastruktur positiv, dennoch sollte hier nicht außer Acht gelassen werden, dass sich die Bauwirtschaft in Österreich im Moment in einem guten wirtschaftlichen Aufschwung befindet und lediglich relevante und dringende Projekte – wie beispielsweise der dringend notwendige Ausbau der P&R Anlagen in Tirol – angegangen werden sollen und weniger dringliche Vorhaben auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden sollen, nämlich auf einen Zeitpunkt, wenn die wirtschaftliche Situation dringend Investitionen durch die öffentliche Hand als konjunkturelle Unterstützung benötigt.

Aufgabe 2: „Notwendige ökonomische Rahmenbedingungen schaffen und Investitionen mobilisieren“:

Grundsätzlich ist die geplante *„Bewusstseinsbildung sowie Rechte für Konsumenten“* positiv hervorzuheben, doch leider ist hier nicht annähernd definiert, wie dies umgesetzt werden soll. Die geplante Streichung der Eigenstromsteuer – bisher bis 25.000 kWh steuerfrei – kann nicht als Unterstützung der normalen Haushalte gewertet werden, da diese nur einen ungefähren Stromverbrauch bis ca. 5.500 kWh aufweisen, sondern kann durchaus als versteckte Förderung von Unternehmen verstanden werden.

Aufgabe 3: „Evaluierung des Förder- und Abgabesystems zur Erreichung der Klima- und Energieziele“:

Hinsichtlich des Förder- und Abgabesystems ist nicht annähernd klar, wie hoch der finanzielle Aufwand für die einzelnen angesprochenen Maßnahmen sein wird, da keine konkreten Summen angeführt wurden.

Zu 6: „Leuchtturmprojekte“:

Von Seiten der Bundesregierung wurden zehn Leuchtturmprojekte für die anstehende Legislaturperiode formuliert. Diese reichen von der *„Stärkung des schienengebundenen öffentlichen Verkehrs (ÖV)“*, über die *„E-Mobilitätsoffensive“* bis hin zu *„Green Finance“*. Bei den geplanten Projekten verhält es sich ähnlich wie beim bereits ausgeführten Punkt 5 *„Österreichs Weg zum Ziel“*, da auch hier konkrete Maßnahmen inklusive einer greifbaren Aufstellung, in der festgehalten wird, bis wann welche Maßnahmen mit welchem Einsparungspotenzial umgesetzt werden sollen, fehlen. Die formulierten Pläne werden ohne regulatorische Rahmenbedingungen vermutlich nicht mehr als Absichtserklärungen bleiben.

Leuchtturm 1: „Effiziente Güterverkehrslogistik“:

Dass der Güterverkehr sowie die Gütermobilität eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung darstellt, ist unstrittig. Eine effiziente Güterverkehrslogistik ist selbstverständlich wünschenswert und auch notwendig. Dennoch muss hier Sorge getragen werden, dass Güter vermehrt auf der Schiene transportiert werden, somit das Straßennetz weniger in Anspruch genommen wird und die Luftgüte weniger durch den Schadstoffausstoß belastet wird. Wie bereits bekannt ist, handelt es sich beim Brennerpass um

den günstigsten alpenquerenden Korridor, auf welchem sich auch die meisten Fahrten zwischen Italien und Mitteleuropa konzentrieren. Die bestehende Situation, dass Frächter hunderte Kilometer Umwege für die Benutzung des Brenners in Kauf nehmen, um sich somit in der Schweiz, Frankreich bzw. Italien höhere Mautkosten zu sparen, ist nicht zufriedenstellend; daher benötigt es hier weitreichende und nachhaltige Maßnahmen.

Leuchtturm 2: „Stärkung des schienengebundenen öffentlichen Verkehrs (ÖV)“:

Dass in Ballungsräumen grundsätzlich ein enormes Potenzial für die Verlagerung vom Individualverkehr auf den öffentlichen Personennahverkehr besteht, ist zweifellos richtig. Jedoch darf man speziell im Bundesland Tirol nicht den Fehler begehen, sich nur auf die urbanen Gebiete zu konzentrieren. Es ist wichtig, das Augenmerk auch auf den ländlichen Raum zu richten, um dortige Verkehrserfordernisse und -möglichkeiten miteinzubeziehen. Zentrales Anliegen der Arbeiterkammer Tirol ist es, dass den Pendlern, Schülern, Studenten sowie Gelegenheitsfahrern in den ländlichen Gebieten ein bestmögliches öffentliches Verkehrsnetz zur Verfügung steht, da hier durchaus ein gewisses Potenzial gegeben ist, die Menschen weg vom privaten PKW hin zum ÖV zu bewegen.

Leuchtturm 3: „E-Mobilitäts-offensive“:

Grundsätzlich ist es im Sinne des Schutzes von Mensch und Umwelt von hoher Wichtigkeit, die energieeffiziente Mobilität (E-Autos, Ausbau des Schienenverkehrs, etc.) zu fördern und zu unterstützen, doch man darf hier nicht Gefahr laufen, für eine spezielle Branche ein gewisses Lobbying zu betreiben. Wenn die E-Autos den Ansprüchen herkömmlicher Benzin- und Dieselfahrzeuge gerecht werden wollen, müssen die Rahmenbedingungen – flächendeckender Ausbau der Ladestationen – dies auch sicherstellen.

Leuchtturm 4: „Thermische Gebäudesanierung“:

Bei diesem umfangreichen Themenkomplex wäre es ratsam, alle Bundesländer miteinzubeziehen, damit die jeweiligen Vorhaben erfolgreich umgesetzt werden können. Zusätzlich ist hier unklar, wie es sich mit der genauen Förderstruktur verhält, da dies im Strategiepapier nicht detailliert ausgeführt wurde. Außerdem wäre es sinnvoll, sich nicht nur auf den Bereich im Wohnbau zu konzentrieren, sondern auch die Standards bei den Büro- und Geschäftsgebäuden effizienter zu gestalten. Leider fehlt auch bei diesem Punkt ein konkreter Zeitplan, bis wann welche Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

Leuchtturm 6: „100.000-Dächer Photovoltaik und Kleinspeicherprogramm“:

Die bestehenden Photovoltaikanlagen tragen durchaus in gewissem Maße (wenn auch einen geringen Anteil von ca. 2 %) zur nachhaltigen Stromerzeugung bei, wobei bei all diesen Förderungsvorhaben die Gesamtwirtschaftlichkeit nicht außer Betracht gelassen werden darf. Außerdem ist nicht klar, in welcher Höhe und in welchem Zeitraum das 100.000-Dächer Photovoltaik und Kleinspeicherprogramm umgesetzt werden soll.

Leuchtturm 8: „Green Finance“:

Im Bereich der „*Green Finance*“ sollen erneut Anreize für Investitionen im Bereich der „grünen Energie“ geschaffen werden. Auch dieses Leuchtturmprojekt zielt auf private Investitionen ab. Unklar ist hierbei jedoch, wie die Mobilisierung des privaten Kapitals genau aussehen soll und welche Projekte bei den potenziellen Zielbereichen (Energie- und Gebäudesektor) umgesetzt werden sollen.

Bei der vorliegenden Klima- und Energiestrategie der Bundesregierung bleiben noch einige Fragen hinsichtlich der Budgetgestaltung sowie der jeweiligen Zuständigkeiten offen. Außerdem wird festgehalten, dass dieses Papier zwar darauf abzielt die klimapolitischen Ziele bis 2030 zu erreichen, jedoch eine klare Handschrift der Wirtschaft erkennbar ist.

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol ersucht um Berücksichtigung der angeführten Punkte und verbleibt

mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:



(Erwin Zangerl)

Der Direktor:



(Mag. Gerhard Pirchner)